



*Steffen Reiche*

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:

[Steffen-reiche@gmx.de](mailto:Steffen-reiche@gmx.de)

**Steffen  
Reiche** ,  
2021

Berlin-Nikolassee, 11. Januar

Liebe Predigtkreisgemeinde,  
ich sende Ihnen die HauptstadtTV-Andachten von heute und gestern und 2 wichtige Aufsätze - zum einen die von meinem Lehrer Richard Schröder und zum anderen die wichtigen Überlegungen von Regina Polak.

Herzlich grüße ich Sie mit guten Wünschen für diese Woche.  
Ihr Steffen Reiche

11.01.2021 Montag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

Gott spricht zu Jesaja: „Ich will noch mehr sammeln zu der Schar derer, die versammelt sind.“ Und so ist es ja auch gekommen. Diese Verheißung Gottes für die Endzeit ist in wunderbarer Weise Wirklichkeit geworden. Es gibt zwar nur rund 15 Millionen Juden, aber der Zweig, der aus dem Stamm des Judentums gewachsen ist, die weltweite Kirche, verbindet über 2, 4 Milliarden Menschen. Überall, an allen Enden der Welt. Aus allen Völkern der Welt ist die Kirche zusammen gerufen. Kein Buch ist bis heute in mehr Sprachen übersetzt worden. Zumindest Teile der Bibel, vom Buch der Bücher, sind in über



## Seite 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 782 vom 14.01.2021

3140 Sprachen übersetzt. Kirche kommt von Kyriake, das ist der Ort wo der Herr, der Kyrios verehrt wird. Aber das Wort des Neuen Testament für Kirche ist ecclesia – die Gemeinschaft der Menschen, die Herausgerufen worden sind. Denn die Kirche ist eben die Gemeinschaft der Menschen, die ek kaleo, herausgerufen worden sind aus den soziologischen Beziehungen ihrer Geburt in eine neue, nicht mehr natürliche Gemeinschaft. Denn die Kirche ist nicht durch die Natur konstituiert, sondern durch den Heiligen Geist. Einen anderen Geist, als den, der aus der Natur kommt. Wer dem Wort Christi glaubt und ihm folgt, der wird Teil der Kirche, einer neuen Gemeinschaft, die sich eben nicht aus der Schöpfung heraus konstituiert hat, sondern begründet worden ist durch Gottes Wort. Ohne das Wort Gottes fällt die Kirche in sich zusammen, schlimmer als ein Sahne-Bizet. Die Kirche ist aus Gottes Wort heraus existent oder sie ist nichts. Ist nicht. Und diese jetzt schon aus der Zukunft in unsere Gegenwart geholt Gemeinschaft tickt anders, als alle anderen Gemeinschaften. Oder anders gesagt, soweit die Kirchen auch Zusammenkünfte von Menschen sind, soweit sind sie auch ganz menschlich und ticken so wie andere Vereine auch. Aber soweit eine der vielen Kirche Teil der einen Kirche ist, so lange ist sie auch anders, holt sie die Verheißung für die Zukunft in die Gegenwart, kann man wie in einem Timetunnel schon jetzt hier in der einen Kirche erleben, was uns erst für die Zukunft versprochen worden ist. Und in dieser einen Kirche erkennen alle Glieder, denn Mitglied kann man in der einen, durch den Geist konstituierten Kirche nicht sein, dass sie das Wort Gottes ausbreiten sollen. Jeder ist in die Mission gesandt worden. Denn „*Gott, unser Heiland, will, dass alle Menschen gerettet werden und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen.*“ schrieb der berühmte Paulus an seinen Schüler Timotheus in seinem 1. Brief. Wir sind als Christen in die Welt gesandt mit dem Missionsauftrag. Früher, als sich die Christen noch als milites christi verstanden, als Soldaten Christe, sagte man Missionsbefehl. Also mit dem Auftrag: „*Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Darum gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker: Taufet sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe. Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.*“

4 mal wird das Wort alle benutzt: alle Gewalt, alle Völker, alles halten und alle Tage, bis an der Welt Ende. Und daran erkennen wir, dass Gott alle Völker, alle Menschen in seine Gegenwart holen will. Und deshalb ist eine Kirche, die sich nicht mehr als Kirche mit Missionsauftrag sieht, eine gottvergessene Kirche. Diese Kirche hat Gott vergessen und Gott sieht sie auch nicht, vergisst sie nicht nur, sondern sieht sie schlicht nicht, weil sie sich nicht an seinen Auftrag erinnert. Wären da nicht einige Zeiten gewesen, die Mission auch mit Gewalt betrieben haben, müsste man das eigentlich Selbstverständliche nicht erwähnen, dass Mission immer ein Auftrag ohne Gewalt ist. Mission heißt, dass Zeugen überzeugen. Nicht überreden, sondern eben mit ihrem Zeugnis ein so vorbildliches Beispiel geben, dass Menschen den Christen nachfolgen und damit Christus nachfolgen und so Christen werden. Bleiben sie gesundBehütet.

10.01.2021 Sonntag 1. Sonntag nach Epiphantias

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„*Halte meine Augen davon ab, nach Nichtigem zu schauen.*“ betet der Psalmist im längsten von allen Psalmen, dem Psalm 119, der das Wort Gottes lobt und preist. Ja, das Nichtige nichtet. Das Nichtige ist das, was vergeht. Was keinen Bestand hat. Was vergehen wird mit der Zeit. Die Augen sind das größte Eingangstor in unser Herz, in unseren Verstand, in unsere Vernunft. Aber man sieht nicht nur mit den Augen gut, sondern wie es uns der Kleine Prinz von Saint Exupery lehrte, auch mit dem Herzen. Ein Seher kann sogar blind sein.



Wenn das Sehen versagt, können die anderen Sinne um so aufnahmefähiger werden. Die Sinne ermöglichen uns das Sein wahrzunehmen. Wir sehen, hören, fühlen, tasten und schmecken und nehmen so die Welt um uns herum, die Schöpfung in uns auf. Verschaffen uns ein Bild, machen uns ein Bild von dem Ort, wo Gott uns hingestellt hat. Und bekommen so einen Sinn, einen Eindruck, können uns orientieren, wissen also was wo und warum ist und ist wie es ist. Und mit allen unseren Sinnen sollen wir uns eben von dem abwenden, was vergeht. Was uns nicht zu Gott führt, was uns nicht zu Gott erhebt, weil es selber keinen Bestand hat und vergeht. Wer nach Nichtigem schaut, der hat auf Sand gebaut. Aber wir sollen uns eben nicht in die Dinge der Schöpfung gründen, sondern auf das, in das gründen, was der Schöpfung zugrunde liegt. Gott hat alles durch sein Wort geschaffen. „Gott sprach und es wurde.“ Lesen wir gleich am Anfang der Bibel in der Schöpfungsgeschichte der Bibel 11 mal hintereinander. Gott hat anders als in anderen Erzählungen über den Anfang der Welt, als in anderen Schöpfungsmythen niemals selber Hand angelegt. Gott spricht und es wird. So wirkmächtig ist sein Wort, dass es aus sich das entlässt, das schafft und stiftet, was wir dankbar als die Schöpfung wahrnehmen und ansehen oder ertasten und schmecken uns hören. Mit allen unseren Sinnen sollen wir uns nicht einlassen, sondern fern halten von dem, was keinen Bestand hat. Einzig sollen wir gegründet sein in Gottes Wort, was das Andere, das Vergehende geschaffen hat. Denn das hat Bestand, das verführt nicht, sondern führt uns hin auf Bleibendes. Gottes Wort ist wie ein Fels, auf den man sich gründen und verlassen kann. Die Kirche konkretisiert das dann fast ein Jahrtausend später. Denn die Kirche weiß nun, dass Gottes Wort in Jesus Christus Mensch geworden ist. Und sich an ihn zu hängen, an ihm dran zu bleiben, sich in ihn zu gründen, heißt an seiner Beständigkeit, an seinem Bestand teil zu haben. „Wie ihr nun angenommen habt den Herrn Christus Jesus, so lebt auch in ihm, verwurzelt und gegründet in ihm und fest im Glauben.“ Bittet Paulus die Gemeinde in Kolossä. Das ist der Lehrtext für heute. Und gibt uns die zum dauerhaften Leben, das über den Tod hinaus von Gott bewahrt wird, notwendige Orientierung. Denn dafür nötigen Sinn. Bleiben sie gesundBehütet.

Richard Schröder

In einem neueren Aufsatz („Dreißig Jahre danach. Die zweite Chance“) ist Jürgen Habermas auch der Frage nachgegangen, worauf die hohen Wahlerfolge der AfD im Osten beruhen. Seine Erklärung: „Die ostdeutsche Bevölkerung hatte weder vor 1989 noch nachher Zugang zu einer eigenen politischen Öffentlichkeit, in der konfligierende Gruppen hätten eine Selbstverständigungsdebatte führen können.“ Für die Zeit vor 1989 trifft das zweifellos zu, aber auch für die Zeit nach 1989?

Es stimmt, dass in der DDR bis 1989 eine mit der bundesrepublikanischen vergleichbare Auseinandersetzung mit der Nazizeit nicht stattgefunden hat, „weil sich 1945 an die eine Diktatur eine andere angeschlossen hat.“ Wahrscheinlich sind die Kontinuitäten und Analogien zwischen den beiden Diktaturen heute vielen nicht mehr präsent, weil sich die SED-Diktatur im Unterschied zur Nazi-Diktatur im Laufe der Zeit mäßigte, zugleich aber der Terror der Frühzeit wirksam tabuisiert war. In der DDR war auch die frühe Geschichte der DDR ein Staatsgeheimnis. Habermas referiert zustimmend Annette Simons These, dass die kommunistische Ideologie mit dem „Doppelknoten aus



Sozialismus und Antifaschismus“ die Gelegenheit bot, „sich scheinbar von Schuld befreien und aus der deutschen Identität lösen“ zu können. Tatsächlich wurde in der DDR bis 1989 permanent erklärt, die DDR gehöre an der Seite der Sowjetunion zu den Siegern der Geschichte und habe „den Faschismus“ (das Wort Nationalsozialismus wurde vermieden) mit Stumpf und Stiel ausgerottet durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Das Schlimmste an dieser Faschismus-Theorie: der Antikommunismus der Nazis wurde so stark betont, dass ihr Antisemitismus dahinter fast verschwand. Die Ermordung Ernst Thälmanns (die Stalin bis 1939 hätte verhindern können) spielte im öffentlichen Gedenken der DDR eine überragend größere Rolle als die Ermordung von 6 Millionen europäischer Juden. Auch das wirkt nach. Dies ist wohl unstrittig.

Habermas behauptet nun, auch 1989 und danach seien die „Bürger der ehemaligen DDR ... nicht in den Genuss einer eigenen Öffentlichkeit gelangt.“ Zwar habe sich „die Öffentlichkeit der Bundesrepublik für ihre neuen Bürger geöffnet, diesen blieb aber eine eigene Öffentlichkeit verwehrt. So fehlte ein abgeschirmter Raum für die überfällige Selbstverständigung, die nicht präjudiziert würde von einer ‚drüben‘ herrschenden Meinung, die es immer schon besser weiß.“ Die Ostdeutschen seien ihrer Zeitungen sozusagen beraubt worden, weil sie von westdeutschen Verlagen aufgekauft worden sind und sie seien ihrer Wortführer beraubt worden, denn die „westdeutsche Presse besorgte ... die Abwicklung der ostdeutschen Schriftsteller und Intellektuellen.“ Obwohl sie zuvor auch in der Bundesrepublik respektiert waren, galten nun „Stefan Heym, Christa Wolf, Heiner Müller und all die anderen ... als die intellektuellen Wasserträger des Stasi-Regimes, die sie nicht gewesen waren.“

Hier wird ein Ost-West-Gegensatz konstruiert, der bei näherem Hinsehen so gar nicht bestand. Niemand hat Stefan Heym Stasi-Verwicklungen oder Servilität gegenüber der SED vorgeworfen. Christa Wolf war selbst erschrocken und zunächst konsterniert, als sie sich damit konfrontiert sah, in jungen Jahren kurzzeitig mit der Stasi kooperiert zu haben. Sie hatte das wohl verdrängt. Heiner Müllers Verteidigung seiner Stasi-Kontakte ist ausgerechnet von einer ostdeutschen Autorin, Sarah Kirsch, angegriffen worden: „Niemand musste mit der Stasi reden.“ Richtig ist, dass es zumeist westliche Medien waren, die Stasi-Verwicklungen prominenter Ostdeutscher aufgedeckt haben. Westdeutsche Kritiker haben Christa Wolfs literarische Qualitäten in Frage gestellt, aber Westdeutsche haben sie auch verteidigt. Und es war die Volkskammer, die die Öffnung der Stasi-Akten erzwungen hat, auch für Journalisten. Die Bundesregierung wollte das Stasi-Unterlagengesetz der Volkskammer nicht in den Einigungsvertrag als fortgeltendes DDR-Rechts aufnehmen und die Stasi-Akten wegschließen, um des inneren Friedens willen. Das hat namentlich in der SPD-Fraktion massiven Widerspruch ausgelöst, so dass die Zweidrittelmehrheit für den Einigungsvertrag gefährdet war. Am Morgen vor der Abstimmung kam vom Bundestag die Zusicherung, dass es ein gesamtdeutsches Stasi-Unterlagengesetz geben werde.



Habermas stellt uns Ostdeutschen wenig schmeichelhaft dar, wenn er unterstellt, wir hätten aufgrund einiger westdeutscher Schmäh-Artikel unsere bisher geschätzten Schriftsteller und Intellektuellen fallen gelassen. In Wahrheit haben sich viele der zuvor SED-kritischen ostdeutschen Intellektuellen dadurch ins Abseits manövriert, dass sie auch nach dem Fall der Mauer dafür geworben haben, die DDR als «eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln», so im Aufruf „Für unser Land“ (26.11.89), wie übrigens damals auch Habermas. Die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung wollte aber nicht Versuchskaninchen im nächsten Menschheitsexperiment sein, sondern leben wie in der Bundesrepublik. Sie votierten bei den freien Volkskammerwahlen mehrheitlich für die Parteien, die die schnelle deutsche Einheit versprachen. Weil die oppositionellen Parteien von Bündnis 90 sich gegen eine schnelle Einheit aussprachen („Artikel 23: kein Anschluss unter dieser Nummer“), erhielten die „Helden des Herbstes“ lediglich 2,9 Prozent. Das waren alles postrevolutionäre Ost-Ost-Auseinandersetzungen. Aber zunehmend wird es üblich, sie als Ost-West-Auseinandersetzungen umzudeuten und die Ostdeutschen als Opfer des Westens darzustellen.

Nun zu den Ost-Zeitungen. In der DDR waren alle Tageszeitungen im Eigentum der Parteien. Die wichtigen politischen Artikel wurden tagtäglich von der Propagandaabteilung im ZK der SED wörtlich vorgegeben. Die Zeitungen von CDU und LDPD unterschieden sich von den SED-Zeitungen nur im Kulturteil. Die größte Verbreitung genossen die SED-Bezirkszeitungen. Sie allein verfügten über ein flächendeckendes Netz von Lokalredaktionen. Das verschaffte ihnen das Monopol für Lokalnachrichten, Klein- und Familienanzeigen. Das machte sie unersetzbar. Für die politische Meinungsbildung spielten sie aber kaum eine Rolle – außer bei den überzeugten Genossen, aber die lasen dann doch lieber gleich das überregionale „Neue Deutschland“, Zentralorgan der SED. Für die Meinungsbildung waren Rundfunk und Fernsehen und vorrangig Westsender am wichtigsten, vor und nach 1989. Mit dem Ende der „führenden Rolle“ der SED (1.12.89) brach die ZK-gesteuerte Medienherrschaft ersatzlos zusammen. Es begann eine Phase echter Pressefreiheit. Aber die Journalisten waren ja alle noch die alten, unter dem SED-Regime im „Roten Kloster“ zu Leipzig auf Linientreue getrimmt. Das wirkte nach. Am schnellsten legten die Tageszeitungen der CDU („Union“, „Neue Zeit“) und der LDPD („Der Morgen“) die Scheuklappen ab. Für die Herbstrevolution selbst aber waren Rundfunk und Fernsehen entscheidend, nicht die Printmedien. Besonders keck war der Jugendsender DT64. Die Sitzungen des Runden Tisches wurden vollständig im DDR-Fernsehen übertragen, die Volkskammersitzungen in erheblichem Umfang.

Es gab aber 1989/90 auch sehr viele neu gegründete Zeitungen, etwa 120. Von denen haben aber nur zwei über 1990 hinaus bestanden. Der anfängliche Enthusiasmus der revolutionären Freizeitjournalisten ohne professionelle Infrastruktur ließ sich nicht auf Dauer stellen. Nach der Vereinigung sank zudem das Interesse an diesen alternativen überregionalen Ost-Zeitungen sehr schnell. Sie wurden nicht mehr



gekauft. Tageszeitungen wurden wieder vorrangig des Lokalen wegen gehalten und da konnten die Neugründungen nicht mithalten. Wohl aus denselben Gründen haben auch die von westlichen Verlagen übernommenen beiden überregionalen Ostzeitungen „Neue Zeit“ und „Der Morgen“ nur einige Jahre durchgehalten. So kam es, dass allein die Nachfolger der ehemaligen SED-Zeitungen bis heute bestehen. Mit dieser ihrer Herkunft verbindet sie aber nur noch ihr jeweiliges Verbreitungsgebiet in den Grenzen der einstigen DDR-Bezirke. Für die Meinungsbildung gewannen die öffentlich-rechtlichen Sender der östlichen Bundesländer (MDR, RBB, NDR Ost) an Gewicht.

Habermas behauptet, die von westlichen Verlagen aufgekauften SED-Bezirkszeitungen hätten nun den westlichen „mainstream“ im Osten verbreitet. Schließlich seien ja überall westdeutsche Chefredakteure installiert worden. Das stimmt zwar, aber die Journalisten aus SED-Zeiten blieben und ließen in den frühen neunziger Jahren oft noch ihre bisherige Prägung durchblicken, was anderen Ostdeutschen ein Ärgernis war. Habermas blendet auch diese postrevolutionäre Ost-Ost-Konfrontation aus und ersetzt sie durch einen Ost-West-Gegensatz. Übrigens war es gar nicht so einfach, bisher parteifinanzierte Zeitungen erfolgreich in die Marktwirtschaft einzuführen. Und erheblichen Investitionsbedarf gab es da auch, den Ostdeutsche gar nicht hätten aufbringen können. Einen echten Kapitalisten interessiert an einer Zeitung die Auflagenhöhe und die Zahl der Abonnenten, denn daraus ergeben sich die Werbeeinnahmen. Deshalb ist beim Erwerb einer Zeitung das Hauptinteresse: nur die Leser nicht verschnupfen. Am besten, sie merken den Trägerwechsel nicht. Die neuen Eigentümer hatten deshalb gar kein Interesse daran, dass ihre Zeitungen schlagartig die Tonart wechseln und waren wohl deshalb mit den SED-Journalisten ganz zufrieden. Es gab damals auch sehr problematische West-Ost-Allianzen, übrigens auch in der Wirtschaft. Das Bild vom betrogenen naiv-ehrlichen Ostdeutschen ist eine Fiktion. Es gab hüben wie drüben solche und solche.

In der DDR waren westdeutsche Zeitungen strikt verboten. Nach der Maueröffnung stürzten sich Ostdeutsche geradezu auf westliche Printmedien - und nicht vorrangig auf die anspruchsvollsten. Auch Beate Uhse war Neuland. Wie bitte hätte da ein „abgeschirmter Raum“ aussehen sollen? Weiter Importverbot für Westmedien? Das klingt doch nach Reservat, in dem die Eingeborenen vor schädlichen äußeren Einflüssen geschützt werden sollen, bis sie durch Selbstfindung die notwendige Reife erworben haben, den westlichen Versuchungen zu widerstehen – Edel-Kolonialismus sozusagen. In diesem abgeschirmten Raum hätte nach Habermas den Ostdeutschen auch Gelegenheit gegeben werden sollen, dass „sie eigene Fehler hätten machen können.“ Aus Fehlern lernen lässt man Kinder und Lehrlinge, allerdings nur in beschnittenen Handlungsräumen, in denen nichts ernsthaft Gefährliches droht. Busfahrer, Chirurgen, Brückenbauer dürfen dagegen im Ernstfall keine Fehler machen, auch nicht, um aus ihnen zu lernen. Es gibt Fürsprecher der Ostdeutschen, die diskriminieren versehentlich nicht weniger als ihre Verächter. Seit dem 16. Jahrhundert



wird in Sprichwort-Sammlungen dies zitiert: „Lieber Gott, schütze mich vor meinen Freunden. Vor meinen Feinden will ich mich schon selber schützen.“

Die Räume, in denen Ostdeutsche sich untereinander verständigten - und stritten! gab es doch vom Herbst 89 an so reichlich wie nie zuvor: in den neuen Bürgerbewegungen und Parteien, aber auch in den Blockparteien, SED inbegriffen, an Runden Tischen landauf landab, dann in der freien Volkskammer, den neuen Kommunal- und Landesparlamenten, in den Betrieben und Lehrerkollegien - aber leider weniger als erhofft unter Studenten.

Die Angst vor dem falschen Wort am falschen Ort war verschwunden, das löste die Zungen. Allerdings endete der „herrschaftsfreie Diskurs“ sehr oft in erbittertem Streit. Es war die Zeit der knappen Mehrheiten. Und es ging dabei nicht zuerst um die von Habermas erhoffte „überfällige Selbstverständigung“ über die Nazi-Diktatur, sondern verständlicherweise vorrangig um die soeben beendete SED-Diktatur. Erst vom Herbst 89 an wurde öffentlich bekannt, dass der sowjetische Geheimdienst einige Nazi-KZs weitergeführt hat. Workuta war bisher ein unbekanntes Wort. Die genaueren Umstände des 17. Juni 1953, politische Prozesse gegen prominente SED-Mitglieder wie Walter Janka und vieles mehr wurde jetzt erst bekannt. SED-Funktionäre wurden unter dem Vorwurf des Amtsmissbrauchs und der Korruption inhaftiert, Politbüromitglieder aus der SED ausgeschlossen. Dazu kamen die Enthüllungen über inoffizielle Mitarbeiter auch unter den Exponenten der Opposition, wie Wolfgang Schnur und Manfred alias Ibrahim Böhme. Das alles führte zu regen, aufgeregten und hart kontroversen, jedenfalls aber unreglementierten Diskussionen unter Ostdeutschen.

Neben diesen postrevolutionären Auseinandersetzungen gab es vom Herbst 89 an auch innerostdeutsche Verständigungsdebatten. Der Ruf nach der deutschen Einheit kam zuerst aus dem Osten, und zwar in Gestalt eines Zitats aus dem unter Honecker verbotenen Text der Nationalhymne der DDR: „Deutschland einig Vaterland“. Ministerpräsident Modrow (SED) hat im Februar 90 dasselbe Zitat als Motto seiner Erklärung zur deutschen Einheit gewählt. Der Gedanke an die deutsche Einheit galt im Westen vielen als reaktionär. Die SED bekämpfte ihn seit Honeckers Machtantritt systematisch. Deshalb war dieser Gedanke in der DDR aufsässig oder gar subversiv.

Das andere Feld ostdeutscher Identitätsdiskurse betraf die Wiedereinrichtung der Länder. Die SED hatte sie abgeschafft und durch die Bezirke ersetzt, auch um den landsmannschaftlichen Zusammenhalt gemeinsamer Lokalgeschichte zu tilgen. Heimatmuseen traktierten nun bis zum Überdruß die „Geschichte der Arbeiterbewegung.“ Die Museen wurden nach 1989 durchweg neu konzipiert. Nach 1989 wurde die bisher unterdrückte Lokalgeschichte neu entdeckt. Bis in die Dörfer hinein erschienen Publikationen und kleine Periodika zur Lokalgeschichte. Dabei wurden auch ältere Heimatkalender ausgeschlachtet. Ab 1989 begann auch landesweit die Rettung der verfallenden historischen Bausubstanz. Ja, auch die verfallenen ►

Gefallenendenkmäler des Ersten Weltkriegs wurden restauriert. Das alles mögen viele Westdeutsche als spießig oder hinterweltlerisch belächeln oder gar verurteilen. Das beweist aber lediglich ein schwaches Einfühlungsvermögen. Die allermeisten Ostdeutschen hatten die Nase voll vom abstrakten „sozialistischen Internationalismus“, der wegen der innersozialistischen Reisebeschränkungen eine einzige Heuchelei war. Es war die Liebe zur Heimat oder Patriotismus, die sich in dieser Hinwendung zur Lokalgeschichte meldete.

Habermas hat seinerzeit erklärt: „Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist der Verfassungspatriotismus.“ Wir wollen für jeden dankbar sein, der unsere Verfassung liebt. Franzosen oder Polen lassen sich aber nicht ihre Vaterlandsliebe auf die Liebe zur Verfassung zurückstutzen. Dolf Sternberger, der den Ausdruck geprägt hat, hatte seinerzeit gemeint: Patriotismus ist uns derzeit verwehrt, weil die Nation geteilt ist. Aber unsere Verfassung ist ungeteilt. Habermas hat aus der Not eine Tugend gemacht. Aber das wäre doch schon wieder ein deutscher Sonderweg. Auch Karl Dietrich Brachers Formulierung von 1976, die Bundesrepublik sei eine «postnationale Demokratie unter Nationalstaaten» war unter der Bedingung der deutschen Teilung gesagt. Nach der deutschen Vereinigung auf diesem „Postnationalismus“ zu beharren würde die Deutschen nicht nur vom Westen, sondern stärker noch vom Osten entfremden und sie verdächtig machen.

Über das Verhältnis von Patriotismus und Nationalismus sollten wir noch einmal gründlich nachdenken. Patriotismus meint hier die Liebe zum eigenen Vaterland wie andere das ihre lieben. Unter Nationalismus sei die Überhöhung der eigenen Nation und die kollektive Abwertung anderer verstanden. Nicht wenige im Westen nehmen diesen Unterschied nicht ernst, weil sie bereits Patriotismus als Nationalismus ablehnen. «Patriotismus, Vaterlandsliebe also, fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht.» (Robert Habeck 2010). Es wird schwer sein, eine vergleichbar dezidierte Absage von einem bekannten Ostdeutschen zu finden. „Ich fühle mich nicht als Deutscher, ich bin Europäer“, auch das kann Flucht aus der deutschen Identität und ihrer Lasten sein, ähnlich dem „Antifaschismus“ der SED. Aber auch zu viele Ostdeutsche nehmen diese Unterscheidung nicht ernst, weil sie ihre Vaterlandsliebe nicht klar genug von Nationalismus und Rechtsextremismus abgrenzen. Sie erleben aber auch, dass bereits ihr Patriotismus als rechtsextrem, rassistisch oder faschistisch denunziert wird. Von diesem ärgerlichen Begriffsnebel profitiert die AfD ganz erheblich.

Deutschland hat auf dem Weg zu einem postklassischen Nationalstaat unter postklassischen Nationalstaaten (H. A. Winkler) oder auch: zur europäischen Normalität das Ziel noch nicht erreicht. Postnationale und verfassungspatriotische deutsche Sonderwege bringen die europäische Vereinigung nicht voran.



12.01.2021 Dienstag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„Welcher Mensch ist unter euch, der hundert Schafe hat und, wenn er eines von ihnen verliert, nicht die neunundneunzig in der Wüste lässt und geht dem verlorenen nach, bis er's findet?“ fragt Jesus in Lukas 15 die Pharisäer und Schriftgelehrten. Denn die sind empört darüber, dass Jesus sich auch um Zöllner und Sünder kümmert. Aber Gott hat Jesus eben in unsere Welt geschickt, dass er sich um die Verlorenen kümmert, um die, die Gott den Rücken gekehrt haben und also nicht in das Licht Gottes streben, sondern die Orientierung verloren haben und ins Dunkle laufen. Ein Schaf kann verloren sein, ein Groschen kann verloren sein und aber eben auch ein Sohn. Und egal was verloren ist, egal wer ins Nichts strebt, zu dem ist Jesus von Gott gesandt. Den Gott will alles Verlorene, nein besser alle Verlorenen heimholen. Heim holen heißt zu sich, zu Gott holen. Denn nur dort sind die Worte des ewigen Lebens. Nur bei Gott ist nicht mehr das nichtende Nichts. Und deshalb erzählt Jesus diese 3 Gleichnisse: Jeder von uns wird durch eines der Gleichnisse angesprochen. Fühlt sich von einem der Bildworte gemeint.

Natürlich ist Gott auch zu den Großen dieser Welt gesandt, denn in seinem Namen sollen sich die Knie aller Menschen beugen, um Gott die Ehre zu geben. Aber das verwundert niemanden. Das kann jeder verstehen. Aber das Gott, dem unbegreiflich großen Gott, nichts und niemand zu klein ist, als dass er nicht selbst in Jesus Christus sich ihm nähern würde, um ihn zu überzeugen, um ihn in die Umkehr zu rufen, das verwundert. Warum nimmt sich Gott für die Sünder und Zöllner Zeit? Vielleicht sogar mehr Zeit als für die Reichen und Schönen, für die Mächtigen und die Könige? Weil die eben viel eher und einfacher verstehen, wie schön und großartig das Angebot Gottes an sie ist. Sie sind eher zu überzeugen. Nicht nur weil bei Ihnen der Zweifel an dem, was sie ausmacht und trägt schon jetzt größer ist, sondern weil auch der Weg, den sie zurückgehen müssen zu Gott weiter ist. Auf jeden Fall ist die Not, aus der sie gerettet werden größer. Auch da geht also durch die Heilszeit in Jesus Christus die Verheißung des Propheten Jeremia, als Losung von heute seit 2 000 Jahren in Erfüllung. *„Ich will die Übriggebliebenen meiner Herde sammeln aus allen Ländern und will sie wiederbringen zu ihren Weideplätzen, dass sie fruchtbar sein sollen und sich mehren.“* Wer sollte da nicht gemeint sein? Wer sollte da nicht hören wollen? Und wenn nicht jetzt, dann endlich doch hören wollen im Sterben oder gar im Tod, wenn die Frage Gottes an uns ultimativ gestellt wird. Sich ultimativ stellt? Bleiben sie gesundBehütet.

**Lohn der Angst** Von Peter Mathews **02.12.2020**. Über eine Milliarde Euro stellt die Bundesregierung für einen Maßnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus und Rassismus zur Verfügung. Aber es drängt sich beim näheren Lesen des Katalogs der Verdacht auf, dass es gar nicht so sehr um Rechtsextremismus geht als um die Rückgewinnung der Deutungsmacht über gesellschaftliche Prozesse. Eine bestimmte Szenerie der Migrationsforschung und ein problematischer Begriff des Rassismus und Antirassismus werden dabei quasi zur Staatsdoktrin erhoben.

1. Am 19. Februar 2020 erschoss ein rechtsextremer und vermutlich psychotischer Deutscher in Hanau neun Menschen mit Migrationshintergrund, dann seine Mutter, dann sich selbst.
2. Anfang Oktober erstach ein junger mutmaßlicher IS-Sympathisant offenbar aus Schwulenfeindlichkeit einen Passanten in Dresden und verletzte seinen Lebensgefährten.



3. Am 16. Oktober 2020 köpfte ein Islamist aus Tschetschenien in einer Kleinstadt bei Paris den Lehrer Samuel Paty, weil der in seinem Unterricht Mohammed-Karikaturen zum Thema gemacht hatte.
4. Am 29. Oktober ermordete ein Islamist aus Tunesien drei Menschen in der Basilika Notre-Dame-de-l'Assomption in Nizza.
5. Am 2. November erschoss ein verurteilter Islamist in der Wiener Innenstadt vier Menschen und verletzte 23 weitere zum Teil schwer. Taten aus rassistischen oder religiösen Motiven, **aus Hass**, geplant und willkürlich.

"Anfang 2020 wurde unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von **Rechtsextremismus und Rassismus** eingesetzt, nun hat dieser Ausschuss einen Katalog mit 89 konkreten Maßnahmen erarbeitet. Mehr als eine Milliarde Euro will die Bundesregierung zwischen 2021 und 2024 für diese Projekte zur Verfügung stellen." So steht es auf der Website der Bundesregierung (pdf-[Dokument](#)). Der Kabinettsausschuss unter Leitung der Bundeskanzlerin wurde nach dem Mord an **Walter Lübcke** im Juni 2019, nach dem Anschlag auf die **Synagoge in Halle** im Oktober 2019, nach dem **Mordanschlag in Hanau** im Februar 2020 initiiert. Jahrzehntelang hatte die Politik bei Rechtsextremismus weggesehen, am Jahrestag des **Oktoberfestattentats** wurde zu recht daran erinnert. Bei der Mordserie des NSU hatten die Dienste krass versagt (wie übrigens auch bei dem islamistischen Attentat von Anis Amri in Berlin 2016). Die Angst, dass weitere rechtsextreme Tattaten folgen könnten, ließ schnelles Handeln erforderlich erscheinen.

Die **islamistischen Attentate**, die in den letzten Wochen zeigten, dass die Gefahr von dieser Seite keineswegs gebannt ist, scheinen nicht ganz ins Bild zu passen - weil die Täter offenbar das unpassende Motiv hatten? Die großen Pariser Attentate liegen gerade fünf Jahre zurück. Hunderte IS-Kämpfer wollen aus Syrien nach Europa zurückkehren. Auch **Naika Foroutan**, Direktorin des Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ficht dieser Widerspruch nicht an. **Nur Rassismus** ist das Problem. Sie begrüßt die endgültig langfristige Finanzierung ihres Instituts, stellt aber in einer Presseerklärung gleich **weitere Forderungen**: "Um die Forschung zu Rassismus in Deutschland zu stärken und dieses Forschungsfeld an deutschen Hochschulen zu verankern, müssen entsprechende Professuren geschaffen werden. Ein Ministerium, das sich allen zentralen Belangen unserer Einwanderungsgesellschaft widmet, wäre ebenfalls ein echter Meilenstein gewesen. Hier gibt es **noch Gestaltungsmöglichkeiten** für die nächste Bundesregierung." (Presseerklärung als pdf-[Dokument](#).) Bereits in einem [ffenen Brief](#) einige Tage vor dem Kabinettsbeschluss, der sich wie eine bestellte Zustimmungsadresse liest, haben sie und über sechzig Sozial- und Migrationsforscher, Gewerkschaftsführer und Medienaktivisten nicht nur die Maßnahmen begrüßt, sondern auch ein "**Demokratiefördergesetz**" gefordert. "Von solch einem eigenen Gesetz würde das Signal ausgehen, dass der zivilgesellschaftliche Einsatz für eine lebhafte und wehrhafte Demokratie und gegen jede Form von Extremismus vom Staat nicht nur in hohem Maße wertgeschätzt, sondern auch auf struktureller Ebene unterstützt wird - und zwar wirkungsorientiert, verlässlich, **langfristig und sichtbar**", steht da, fett hervorgehoben. Mit anderen Worten: Die "Zivilgesellschaft", die der Definition nach doch den staatlichen Institutionen gegenübersteht, verlangt, von diesem einverleibt und **dauerhaft genährt** zu werden. Ein bestimmter Begriff des Antirassismus soll **quasi zur Staatsdoktrin** erhoben werden. Auch hier zu den Taten der Islamisten kein Wort.

Betrachtet man den 89-Punkte-Katalog der Bundesregierung, fällt auf, dass, was nach offizieller Version **zum Rechtsextremismus** gezählt wird, recht sparsam und einseitig



geraten ist. Im Vorwort zu den Maßnahmen zählt man auf: "Rechtsextremismus sowie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit, Anti-Schwarzen Rassismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit". Ziele sind dabei kurzfristige Prävention und langfristige Strategien gegen das Übel. Es fehlen in der Aufzählung und konsequenterweise auch bei den Maßnahmen, Aktionen und Projekte zum Beispiel gegen die Vertreter des **rechten politischen Islam** in Deutschland, etwa die reaktionären und antisemitischen Organisationen der iranischen Mullahs in Deutschland, die Organisatoren des Al-Quds-Tages, der Terrorismus der IS-Salafisten, die türkischen Nationalisten der Milli Görüs und so weiter. Solche Ideologien und Aktivisten werden von der Bundesregierung offensichtlich **nicht als rechtsextrem** oder rassistisch eingeschätzt. Und auch die Attentate von Dresden, Paris, Nizza und Wien durch Islamisten bewogen die Bundesregierung nicht, ihr Vorhaben um den Kampf gegen den Islamismus zu erweitern. Unter dem Motto der Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rassismus wird dieses Problem ignoriert. Statt dessen sind über ein Dutzend der 89 Maßnahmen der Förderung von Migranten und, wie es heißt, der Diversität gewidmet. **Probleme innerhalb der Communities** wie etwa patriarchalische Strukturen, Nationalismus oder Gewaltverhältnisse kommen in keinem der genannten Papiere vor.

Eine Auswahl von Maßnahmen, die die Bundesregierung am 25. November beschlossen hat: - Maßnahme Nr. 7 : Gezielte Kampagnen zur Rekrutierung von mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst

- Maßnahme 8: Förderung des Projekts "Zusammenhalt durch Teilhabe"

- Maßnahme 12:- unter anderem Förderung des politischen und gesellschaftlichen Engagements von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

- Maßnahme 22: - Stärkung der Migrantenorganisationen durch Modellprojekte zur Qualifizierung - Partizipations- und Teilhabechancen für Geflüchtete.

- Maßnahme 74: - Ausbau der Forschung zu Opfererfahrungen von Personen mit Migrationshintergrund. Und natürlich Maßnahme 49: "dauerhafte Stärkung und langfristiger Ausbau des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung. Erhöhung der institutionellen Mittel des DeZIM-Instituts." Was diese Maßnahmen mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus zu tun haben, erschließt sich nicht. Sie könnten so auch in einem Beschluss zur **Integrationspolitik** stehen. Auch einige andere Maßnahmen lassen die geistigen Ursprünge erahnen. Selbstredend gehören dazu die Maßnahme 13, Forschungsprojekte zur Untersuchung des Polizeialltags, und Maßnahme 14, Forschungsförderung im Bereich Islam- und Muslimfeindlichkeit. Auch die Einsetzung einer Forschungsgruppe aus Bundesjustiz- und -innenministerium zur Neuformulierung des Artikels 3 des Grundgesetzes und Ersetzung des **Begriffs "Rasse"** (Nummer 36) gehört zu den Maßnahmen, wie auch unter Nummer 60 "neue deutsch-israelische Austauschprojekte u.a. auch **mit sog. 'israelkritischen' Akteuren**". (Sic!)

Es drängt sich der Verdacht auf, dass es der Bundesregierung bei all diesen Maßnahmen gar nicht so sehr um den Kampf gegen den Rechtsextremismus als um die **Rückgewinnung der Deutungsmacht** über die Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik geht. Es lässt sich leider nicht leugnen, dass einige der hier genannten islamistischen Terroranschläge von Flüchtlingen begangen wurden. Eine Benennung der



## Seite 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 782 vom 14.01.2021

weiterhin bestehenden Gefahren würde die nun geförderten zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Bundesregierung in ihrem segensreichen Wirken nur stören.

Die Flüchtlingskrise bot **den Populisten** willkommenen Zündstoff. Das Thema der ungehinderten Zuwanderung und seine Folgen dominierten die öffentliche Diskussion. Die Bundesregierung fand keinen definitorischen Zugriff auf das Problem. Die rechtsextremen Tattaten, die ja eigentlich nur eine Schwäche der Behörden auf einer anderen Flanke offenbarten, boten eine Gelegenheit, die Deutungsmacht zurückzugewinnen und in die mediale Offensive zu kommen. Hilfreich waren dabei die mit Vertretern der Identitätspolitik besetzten Institute und Medien.

Allerdings droht sich nun ein äußerst **problematischer Begriff des Rassismus und Antirassismus** durchzusetzen. Mit der Erweiterung des Begriffs auf die kulturelle Dimension wie in der Prägung "antimuslimischer Rassismus" haben die elitäre Migrationsforschung des DeZIM von Naika Foroutan oder die Medienaktivisten der "Neuen deutschen Medienmacher\*innen" von Ferda Ataman die Regierenden entlastet. Diese Migrationsforscher, Stiftungen und Institute und Medienmacher erforschen und beschreiben seit Jahren nicht die Probleme der Migrationsgesellschaft, sondern schreiben die Probleme der Zuwanderung einzig den **Vorurteilen der Mehrheitsgesellschaft** zu. Sie zementieren den Opferstatus der Migrantengemeinschaften, verlagern die Grundrechtsdebatte hin zu Identitätspolitik, stellen die Emanzipation der Frauen unter einen kulturellen Vorbehalt und **denunzieren die Kritik an dieser Verschiebung** als "rechts". Ataman, Foroutan und ähnlich Geförderte sind die nun offiziell und dauerhaft legitimierten Stichwortgeber dieser Politik. Sie gelten als authentisch und kompetent. Nun bekommen sie von Angela Merkel den Lohn der Angst. Der besteht in der gerade beschlossenen Milliarde plus 150 Millionen Euro an Fördergeldern. Mit Verteidigung von Grundrechten und Demokratie hat dies nur am Rande zu tun. Wichtig scheint das Geschäftsmodell "Wir sind die Guten - wir tun was" zu sein. Dass zu den Unterzeichnern der Ergebnisadresse an die Bundeskanzlerin auch die Islambloggerin und Sprachumdeuterin Kübra Gümüşay und Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime gehören, einem Verein, der auch die Muslimbrüder repräsentiert, ist da schon gar nicht mehr von Belang. **Quelle** <https://www.perlentaucher.de/intervention/das-regierungsprogramm-zur-rassismusbekaempfung-eine-kritik.html>

Heute ist der erste von drei entscheidenden Tagen, um das Weltklima zu retten. Nachdem auch **China** letztes Jahr erstmals ein Ziel für Klimaneutralität formuliert hatte, folgt heute der **Countdown**:

Tag 3: USA

Die Demokraten gewinnen in **Georgia** auch den 2. Senatssitz und haben damit die Mehrheit im **Senat**. Joe Biden und Kamala Harris können somit jetzt **Kurs auf Paris** nehmen, die Mehrheit im Rücken! Und das ist der erste von 3 entscheidenden Schritten, wie wir die Klimakrise doch noch abwenden können.

*Die größte Wirtschaft der Welt – mit Kurs auf Paris.*



## Seite 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 782 vom 14.01.2021

Tag 2: Bundestagswahl 2021

Die **Klimawahl** am **26.9.** kann die einzige Partei im Bundestag in die **Regierung** bringen, die ein **1,5 Grad**taugliches Klimaziel hat (die GRÜNEN) - der 2. von 3 entscheidenden Schritten für den globalen Klimaschutz.

*Made in Germany – mit Kurs auf Paris?*

Tag 1: UN Vollversammlung / das GRÜNE WUNDER

Dieser alles **entscheidende Tag** ist noch nicht festgelegt. Aber an diesem Tage wird ein GRÜNER **Außenminister** in der UN Vollversammlung eine **Rede** halten, und den Regierungschefs der Welt von einem **GRÜNEN WUNDER** erzählen:

„Wie wir es geschafft hatten, festzustellen, dass Erneuerbare Energien so günstig geworden sind, dass *sich **Klimaschutz rechnet***.“

Und auf einmal hatten wir die **Wirtschaft** mit im Boot, wir wären fast gekentert!

Und auf einmal wollten wir alle so **schnell** wie möglich **Klimaschutz**, der *sich rechnet*, und am besten gleich *NETTONULL 2035*. *Wir haben uns in **Koalitionsverhandlungen** schnell entschieden für Klimaschutz ohne angezogene Handbremse! Denn es gibt **keine Ausreden** mehr.*

Und auf einmal sind 2-3 Grad viel zu viele Kosten (!) und das auch noch bis 2050, oder gar noch länger – nur *1,5 Grad rechnet sich! Für uns alle.*“

*Die Quizfrage ist nun, wer hat diese Rede gehalten, ein chinesischer oder ein deutscher Außenminister? Und vor allem, WANN ist dieser Tag des GRÜNEN WUNDERS?*

Verantwortlich im Sinne des TMG: Zero Emission Think Tank/NGO, Dr. Ingo Stuckman, Mühlenstraße 51, 45473 Mülheim

Sehr geehrter Herr Pfarrer Reiche,

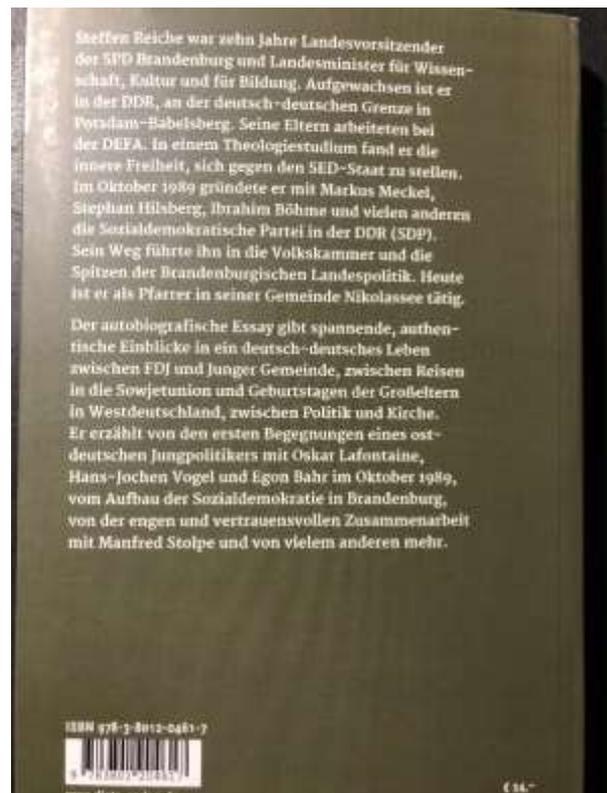
zu Beginn des neuen Jahres 2021 möchte ich Sie herzlich grüßen, Ihnen ein gutes und gesundes Neues Jahr wünschen und Ihnen und Ihrer Gemeinde in diesen schwierigen Zeiten mit einem Video etwas Freude schenken. Für die Entstehung des Videos haben sich Menschen aus verschiedenen Ländern an verschiedenen Orten der Welt zusammengefunden und zusammengearbeitet. Mit ihrer Musik und mit ihren Bildern wollen sie uns miteinander verbinden und daran erinnern, was es bedeutet, Mensch zu sein und mit anderen Menschen in einer Welt zu leben. Ich hoffe, Ihnen und Ihrer Gemeinde bereitet das Video, in dem sich wie in einem bunten Mosaik Kultur, Sport und Natur zu einem lebendigen Ganzen verbinden, viel Freude und Spaß. Für all die Musikerinnen, Musiker, Künstlerinnen und Künstler wäre es schön, wenn das Video zahlreich geteilt und kommentiert wird, so geben wir ihnen etwas von unserer Freude zurück.

Herzliche Grüße Daniel Pacitti

<https://youtu.be/-loFwGnggoQ>

<https://www.senadosantafe.gob.ar/noticias/historica-transmision-senado-concierto-violonchelo-piano-esperancino-pacitti>





Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

